

Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007

(ausgewählte Ergebnisse)



Heinrich Best | Michael Edinger | Karl Schmitt | Lars Vogel

Inhaltsverzeichnis



Friedrich-Schiller-Universität Jena
Sonderforschungsbereich 580
Teilprojekt A3:
Delegationseliten nach dem Systemumbruch

Das Forschungsprojekt ist in zwei größere europäische Forschungsnetzwerke eingebunden:



„European Political Elites in Comparison: The Long Road to Convergence“ (EurElite)



“Integrated and United?
A Quest for Citizenship: in an Ever Closer Europe”

Forschungsdesign	3
Ziele und Themen der Befragung	4
Ausschöpfungsquoten	5
Zufriedenheit mit dem Mandat	6
Politik als Beruf	7
Rollenverständnis	9
Abgeordnete in der Fraktion	11
Politische Streitfragen	13
Föderalismus	15
Europa	16
Bewertung politischer Verfahren	17
Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen	19
Eliten	21
Politische Zukunft	22
Die Zeit nach dem Mandat	23

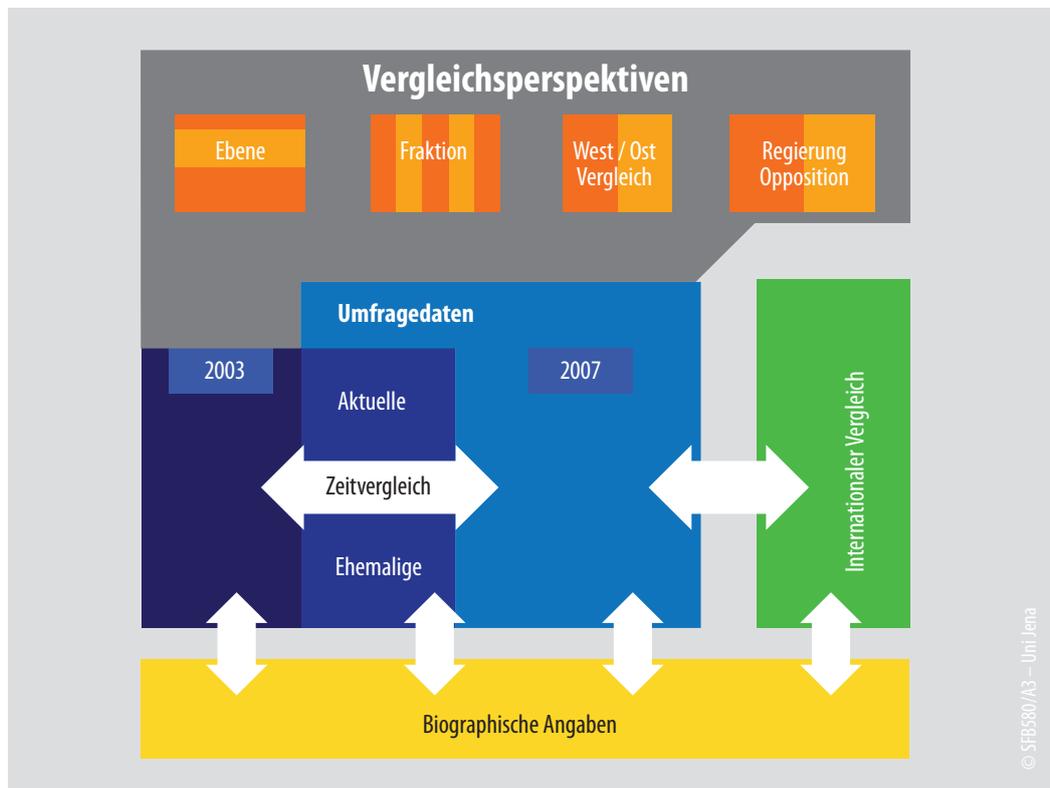
Forschungsdesign

Die Abgeordnetenbefragung als Teil der JENAER ABGEORDNETENSTUDIE

Die JENAER ABGEORDNETENSTUDIE ist das Ergebnis der Arbeit des Forschungsprojekts zu parlamentarischen Führungsgruppen, das nunmehr in der zweiten Antragsphase von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Sie untersucht Kontinuität und Wandel von Rekrutierungsmustern, Karriereverläufen und politischen Orientierungen von Abgeordneten in Ost- und Westdeutschland seit der Vereinigung. Mit wissenschaftlichen Publikationen, aber auch durch publizistische Beiträge und Präsentationen möchte das Projektteam zu einem besseren Verständnis von Entwicklungen der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure beitragen.

Die Deutsche Abgeordnetenbefragung stellt dabei einen zentralen Teil des Untersuchungsdesigns dar. Sie ermöglicht es, die subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensdispositionen, wie sie nur von den Parlamentariern selbst zu erfahren sind, systematisch zu analysieren und damit die strukturbezogene Eliten- und Parlamentarismusforschung um wichtige Befunde zu bereichern. Die Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007 knüpft einerseits als längsschnittlich angelegte Erhebung an die vorausgegangene Erhebung 2003/04 an, setzt aber andererseits auch neue Akzente.

Die Deutsche Abgeordnetenbefragung eröffnet durch ihre Einbettung in den Projektkontext eine Reihe von einzigartigen Vergleichsperspektiven. Zunächst bietet die wiederholte Befragung derselben Abgeordneten Aufschluss über Veränderungen im Zeitverlauf. Über den leitenden innerdeutschen Ost-West-Vergleich hinaus werden ebenso relevante Unterschiede zwischen den Fraktionen, den Regierungs- und Oppositionsabgeordneten sowie zwischen den einzelnen parlamentarischen Ebenen untersucht. Diese Analysen der Einstellungen deutscher Abgeordneter werden durch die Auswertung öffentlich zugänglicher biografischer Informationen ergänzt, die Auskunft über strukturelle Bedingungen des Abgeordnetendaseins geben. Die internationale Einbettung des Projekts ermöglicht es zudem, die Ergebnisse dieser vergleichenden Analysen in den gesamteuropäischen Kontext einzuordnen.



Ziele und Themen der Befragung

Wichtigstes Anliegen der Zweiten Deutschen Abgeordnetenbefragung ist es, ein Bild der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure zu zeichnen, das zwei Anforderungen gerecht wird: wissenschaftlich fundiert zu sein und den Realitäten der Abgeordnetentätigkeit gerecht zu werden. Beides kann nur gelingen, wenn die Perspektiven von Parlamentariern, ihre (Selbst-)Wahrnehmungen und Einstellungen angemessen Berücksichtigung finden. Die hier präsentierten Befunde basieren auf der im Frühjahr und Sommer 2007 durchgeführten Befragung der Mitglieder von 13 Landtagen, des Deutschen Bundestags und der deutschen Europaparlamentarier. Sie wurde wie bereits die vorausgegangene Erhebung mittels computerunterstützter Telefoninterviews durchgeführt und hat folgende Schwerpunkte:

Schwerpunktt Themen der Zweiten Deutschen Abgeordnetenbefragung (2007)	
Erstbefragung	Wiederholungsbefragung (Panel)
Soziale Herkunft	
Politischer Werdegang Politische Sozialisation Politische Erfahrungen vor Mandat	
Rollenverständnis und Mandatsausübung Selbstverständnis als Abgeordneter Verhältnis zu Partei und Fraktion Bewertung der parlamentarischen Arbeit	
Verhältnis von Politik/Mandat und Beruf Bedeutung beruflicher Erfahrungen (nur Erstbefragung) Politik als Beruf Selbstverständnis als Berufspolitiker (nur Panel)	
Politische Einstellungen Bewertung politischer Streitfragen Einstellungen zu demokratischen Verfahren Europa (nur Panel; erweitert für MdEP) Politisches Vertrauen der Bürger (nur Panel)	
Politische und berufliche Zukunftspläne	

Zusätzlich zu der Befragung aktueller Mandatsträger wurden auch 248 Interviews mit ehemaligen Abgeordneten geführt, die seit 2004 aus den Untersuchungsparlamenten ausgeschieden waren (Ehemaligenbefragung). Wenn im Folgenden die männliche Form verwendet wird, geschieht dies allein aus sprachlichen Gründen. Durchweg werden, falls nicht anders ausgewiesen, gültige Prozente berichtet.

Ausschöpfungsquoten

Mit 1.223 vollständig realisierten Interviews konnten 2007 noch einmal rund 200 Abgeordnete mehr für Auskünfte gewonnen werden als bei der Ersten Deutschen Abgeordnetenbefragung vor vier Jahren. Damit beruht die vorliegende Auswertung auf der bisher größten Parlamentarierbefragung in Deutschland. Aussagekräftiger als die Anzahl der Interviews ist jedoch die erreichte Ausschöpfungsquote, die mit 56 Prozent nahezu exakt dem Wert von 2003/04 entspricht. Dieser Wert fällt jedoch je nach Parlament bzw. Parlamentsebene sehr unterschiedlich aus. Erneut erzielen mit Thüringen und Sachsen-Anhalt zwei ostdeutsche Landtage die höchsten Ausschöpfungsquoten, während sich mit Rheinland-Pfalz und dem Saarland erstmals auch westdeutsche Landesparlamente unter den „Top Five“ befinden. Die Teilnahmequoten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament haben sich zwar leicht erhöht, bleiben aber wie schon vier Jahre zuvor deutlich unter dem Durchschnitt. Insgesamt konnten seit 2003/04 im Rahmen der Deutschen Abgeordnetenbefragung 1.703 aktive Parlamentarier für ein Interview gewonnen werden. Diese umfangreiche Datenbasis wird ergänzt durch die Angaben von 794 ehemaligen Mandatsträgern, die nach ihrem Ausscheiden aus der parlamentarischen Politik an der Ehemaligenbefragung teilnahmen.

Da sich 478 Abgeordnete zu beiden Zeitpunkten als aktive Mandatsträger an unserer Untersuchung beteiligten, bietet die Jenaer Abgeordnetenbefragung die einzigartige Möglichkeit, Kontinuität und Wandel politischer Einstellungen im Verlauf des Mandats zu analysieren. Bei der Auswertung muss daher aber berücksichtigt werden, dass diese Personengruppe nur einen Teil aller Abgeordneten ausmacht.

Teilnahme an der Ersten und Zweiten Deutschen Abgeordnetenbefragung						
	Zahl der Abgeordneten		realisierte Interviews		Ausschöpfungsquoten (in %)	
	2003/04	2007	2003/4	2007	2003/4	2007
Landtage insgesamt	1001	1457	765	1010	76,4	69,3
Ostdeutsche Landtage	482	468	384	350	79,7	74,8
Brandenburg	88	88	71	53	80,7	60,2
Mecklenburg-Vorp.	71	71	51	49	71,8	69,0
Sachsen	120	124	89	85	74,2	68,5
Sachsen-Anhalt	115	97	95	83	82,6	85,6
Thüringen	88	88	78	80	88,6	90,9
Westdeutsche Landtage*	378	840	265	553	70,1	65,8
Baden-Württemberg	128	139	76	78	59,4	56,1
Hessen	110	110	77	77	70,0	70,0
Niedersachsen	–	183	–	127	–	69,4
Nordrhein-Westfalen	–	187	–	102	–	54,5
Rheinland-Pfalz	–	101	–	79	–	78,2
Saarland	51	51	41	39	80,4	76,5
Schleswig-Holstein	89	69	71	51	79,8	73,9
Berlin	141	149	116	107	82,3	71,8
Deutscher Bundestag	603	613	156	172	25,9	28,1
Europ. Parlament (dt. Abg.)	99	99	33	41	33,3	41,4
Abgeordnete insgesamt	1703	2169	954	1223	56,0	56,4

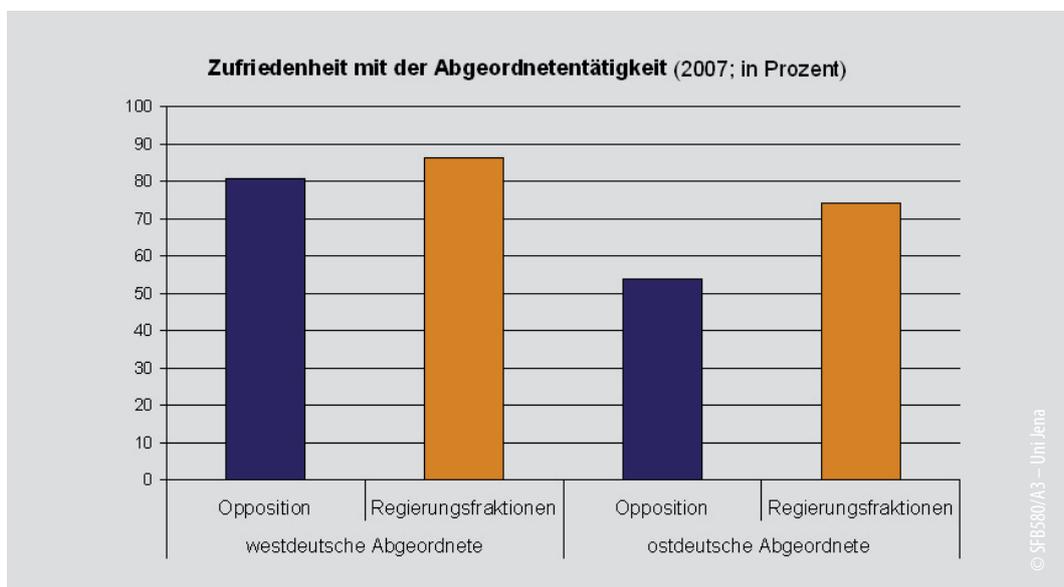
* 2003/04: ohne Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen; Rheinland-Pfalz nur als Teilstudie;
2007: ohne Bayern, Bremen und Hamburg

Zufriedenheit mit dem Mandat

Politik kann man nach den Worten Max Webers sowohl als Berufung als auch als Beruf verstehen. Für rund ein Drittel der befragten Abgeordneten sind beide Aspekte gleichermaßen wichtig für die eigene politische Tätigkeit. 57 Prozent der Parlamentarier verstehen hingegen ihr Mandat in erster Linie als Berufung. Vor diesem Hintergrund ist leicht einzusehen, dass die große Mehrheit von drei Vierteln der Abgeordneten ihre Arbeit als befriedigend ansieht, können sie diese Befriedigung doch aus der Bindung der eigenen Tätigkeit an ein inneres Lebensziel ziehen.

Dabei sind die Abgeordneten, die ihre Tätigkeit in erster Linie als Beruf ansehen, im Schnitt noch zufriedener als ihre Kollegen. Erklärbar wird dieser Befund, wenn man die Gründe für Unzufriedenheit untersucht. Wie schon bei der Befragung vor vier Jahren senken die empfundene Diskrepanz zwischen erwarteten und tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die Frustration über unzureichende Problemlösungen und das generelle Gefühl, als einzelner Abgeordneter nichts bewegen zu können, die generelle Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit. Diese Gründe wiegen natürlich vor allem dann schwer, wenn die Berufung in der Umsetzung politischer Ziele gesehen wird.

Der Gestaltungsspielraum, über den Abgeordnete verfügen, um die eigenen Vorstellungen umzusetzen, ist durch die jeweiligen Rahmenbedingungen der Mandatsausübung mitbestimmt. So gibt es hinsichtlich der Zufriedenheit ein deutliches Gefälle zwischen Landes- und Bundesebene zugunsten der Bundestagsabgeordneten und auch die Mitglieder der Regierungsfractionen sind erwartungsgemäß zufriedener mit ihrem Mandat als ihre Kollegen auf den Oppositionsbänken. Vor allem für die ostdeutschen Abgeordneten, die wie schon 2003/04 etwas weniger Befriedigung aus ihrer Tätigkeit gewinnen können, ist die Zugehörigkeit zu einer Regierungsfraction viel wichtiger für ihre Zufriedenheit als für ihre westdeutschen Kollegen. Insgesamt ist die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Abgeordnetentätigkeit im Vergleich zu 2003/04 nahezu unverändert geblieben. Hinter dieser Stabilität verbergen sich aber individuelle Schwankungen. Zwar hat sich zwischen beiden Zeitpunkten für acht von zehn Abgeordneten nichts oder nur sehr wenig an ihrer Mandatzufriedenheit geändert. Zehn Prozent der Mandatsträger haben jedoch deutlich an Zufriedenheit gewonnen, während im Gegenzug ein etwas größerer Anteil unzufriedener geworden ist.



Fragetext [fett gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst]:

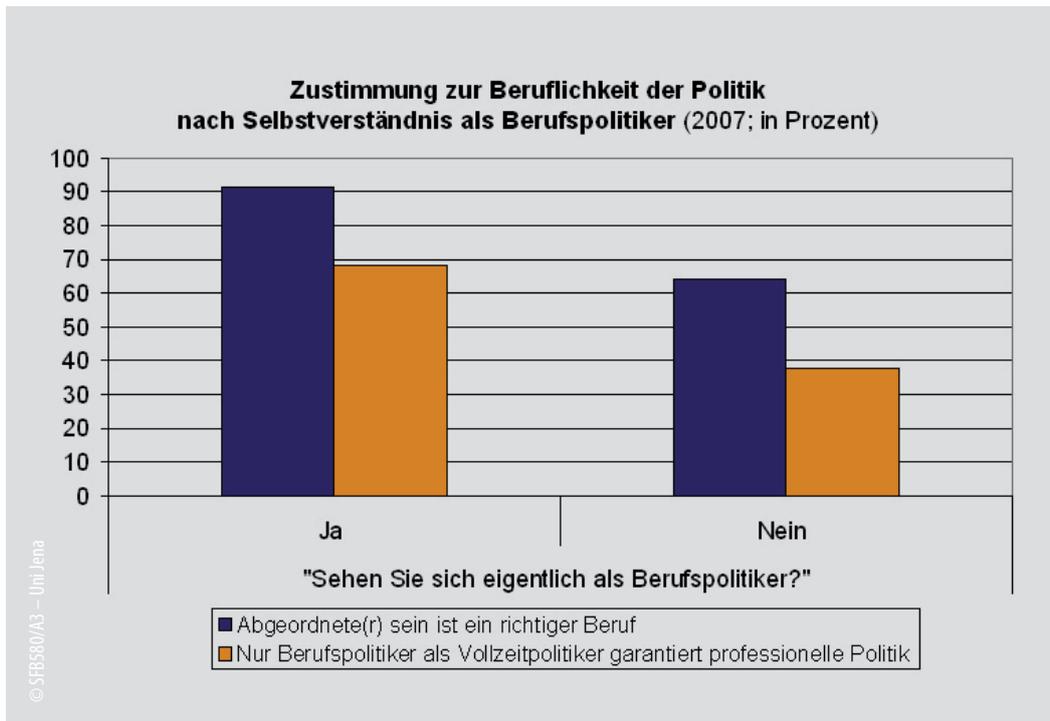
Einmal ganz allgemein betrachtet: Wie befriedigend ist für Sie persönlich Ihre Tätigkeit als Parlamentarier(-in): Ist sie **sehr befriedigend**, **weitgehend befriedigend**, einigermaßen befriedigend oder eher unbefriedigend?

Politik als Beruf

Dass sich die Politik zusehends zu einem genuine Beruf entwickeln würde, aus dem die Politiker ihren Lebensunterhalt bestreiten, hat bereits Max Weber 1919 in seinem Vortrag „Politik als Beruf“ vorausgesehen. Wählt man die Arbeitsbelastung als Maßstab, besteht am Berufscharakter der Abgeordnetentätigkeit kaum ein Zweifel: Mitglieder des Bundestags beziffern ihre wöchentliche Arbeitszeit während der Sitzungswochen auf 50 bis 80 Stunden; im Schnitt sind es 67 Stunden. Auf der Landesebene liegt die berichtete Arbeitsbelastung zwar um etwa 10 Stunden niedriger; mehr als 40-Stunden pro Woche zu arbeiten, ist aber auch auf der Landesebene eher die Regel als die Ausnahme.

Diese Rahmenbedingungen bestimmen auch die Selbstwahrnehmungen der Parlamentarier. Eine überwältigende Mehrheit von ihnen betrachtet das Abgeordnetendasein als einen richtigen Beruf, und immerhin drei von vier Befragten sehen sich als Berufspolitiker. Dieses Selbstverständnis verbindet Abgeordnete aus Ost und West und über die verschiedenen parlamentarischen Ebenen hinweg. Es ist weitgehend unabhängig davon, ob die Befragten eine Führungsfunktion, sei es auf parlamentarischer Ebene oder in der Regierung, innehaben. Vielmehr wird es mit steigender subjektiver Arbeitsbelastung immer wahrscheinlicher, dass sich ein Parlamentarier als Berufspolitiker versteht.

Das Selbstverständnis als Berufspolitikers begünstigt in der Wahrnehmung der Befragten zwar eine professionelle Politik, doch garantiert sie diese noch nicht. Lediglich knapp 60 Prozent der Befragten meinen, dass nur der Berufspolitiker als Vollzeitpolitiker eine professionell betriebene Politik zu garantieren vermag. Während die Aussage unter den Berufspolitikern eine Zweidrittelmehrheit findet, äußert sich eine deutliche Mehrheit der Kontrastgruppe ablehnend. Mithin färbt das eigene Selbstverständnis deutlich auf die Bewertung des Berufspolitikers ab. Gleiches gilt für die Einschätzung, ob die Tätigkeit als Abgeordneter ein richtiger Beruf ist.



Fragetexte: Abgeordnete(r) sein ist ein richtiger Beruf.

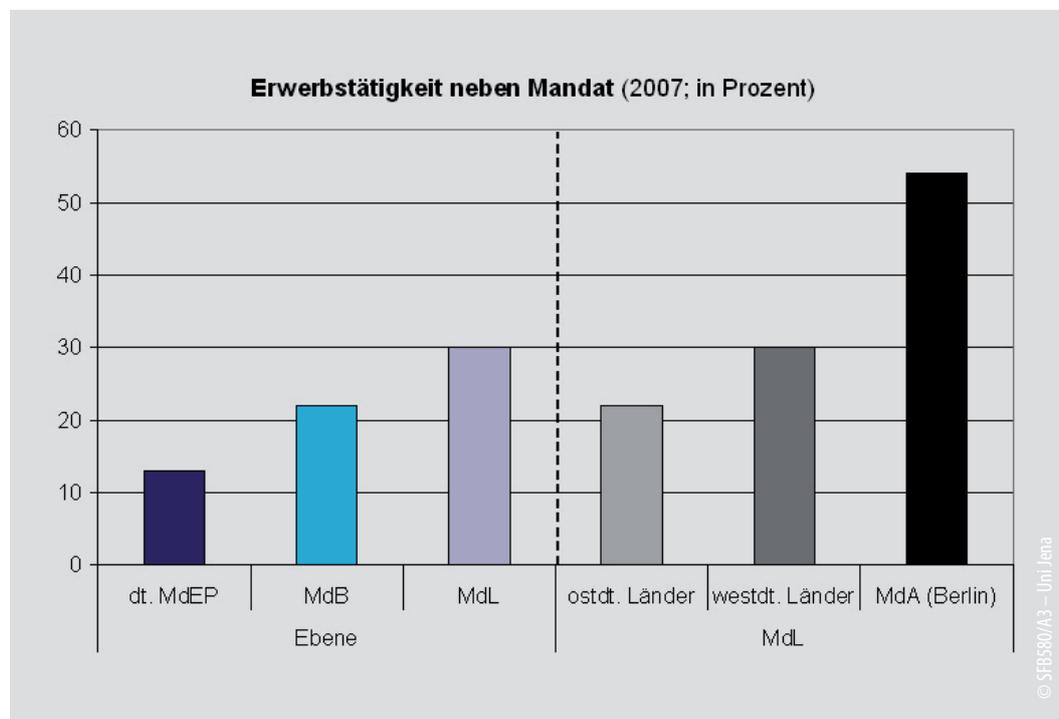
Nur der Berufspolitiker als Vollzeitpolitiker kann dafür garantieren, dass Politik auch professionell betrieben wird.

Antwortkategorien [fett Gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst]: **trifft voll und ganz zu; trifft eher zu;** trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu

Bei den Einstellungen zur Politik als Beruf macht die Fraktionszugehörigkeit kaum einen Unterschied. Lediglich in den Reihen der FDP wird die Verberuflichung der Politik von einem beträchtlichen Teil der Abgeordneten abgelehnt. Fast 40 Prozent der befragten Freien Demokraten bestreiten, dass die Abgeordnetentätigkeit ein richtiger Beruf sei. Eine deutliche Mehrheit von ihnen ist zudem der Meinung, dass es gut wäre, wenn Abgeordnete parallel zur Mandatsausübung noch in einem anderen Beruf arbeiten würden; unter den übrigen Mandatsträgern vertritt nur jeder Dritte diese Auffassung. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Mandatsträger zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Politik als Beruf betrachten, hat demnach nicht notwendig die Konsequenz, dass eine Berufstätigkeit neben dem Mandat abgelehnt wird.

Selbst einer beruflichen Nebentätigkeit nachzugehen, gibt allerdings nur eine Minderheit von 28 Prozent der Befragten an. Faktisch sind Nebentätigkeiten vor allem auf der Landesebene und dort insbesondere in den Parlamenten verbreitet, die sich traditionell als Teilzeitparlamente verstanden haben: im Berliner Abgeordnetenhaus (54%) und im Landtag von Baden-Württemberg (58%). In beiden Ländern verwenden die betroffenen Parlamentarier zugleich überdurchschnittlich viel Zeit auf ihre berufliche Nebentätigkeit: im Schnitt etwa 25 Stunden wöchentlich und damit zehn Stunden mehr als die Mandatsträger andernorts. Zugleich lässt sich zeigen: Je mehr Zeit für eine Erwerbstätigkeit neben dem Mandat aufgewendet wird, desto weniger Zeit verbleibt für die Mandatsausübung. Allerdings umfasst auch die politische Arbeitswoche der nebenberuflich tätigen Parlamentarier während der Sitzungsperiode eigenen Angaben zufolge noch etwa 50 Stunden.

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Fraktionen: Entsprechend ihren Zweifeln am Berufsstatus der politischen Tätigkeit geht annähernd die Hälfte der befragten FDP-Abgeordneten noch einer beruflichen Nebentätigkeit nach. Unter den Mandatsträgern der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen ist hingegen nur jeweils ein Sechstel nebenberuflich tätig.



Fragetext: Üben Sie neben Ihrem Mandat noch eine Erwerbstätigkeit aus?
 Antwortkategorien: Ja; Nein

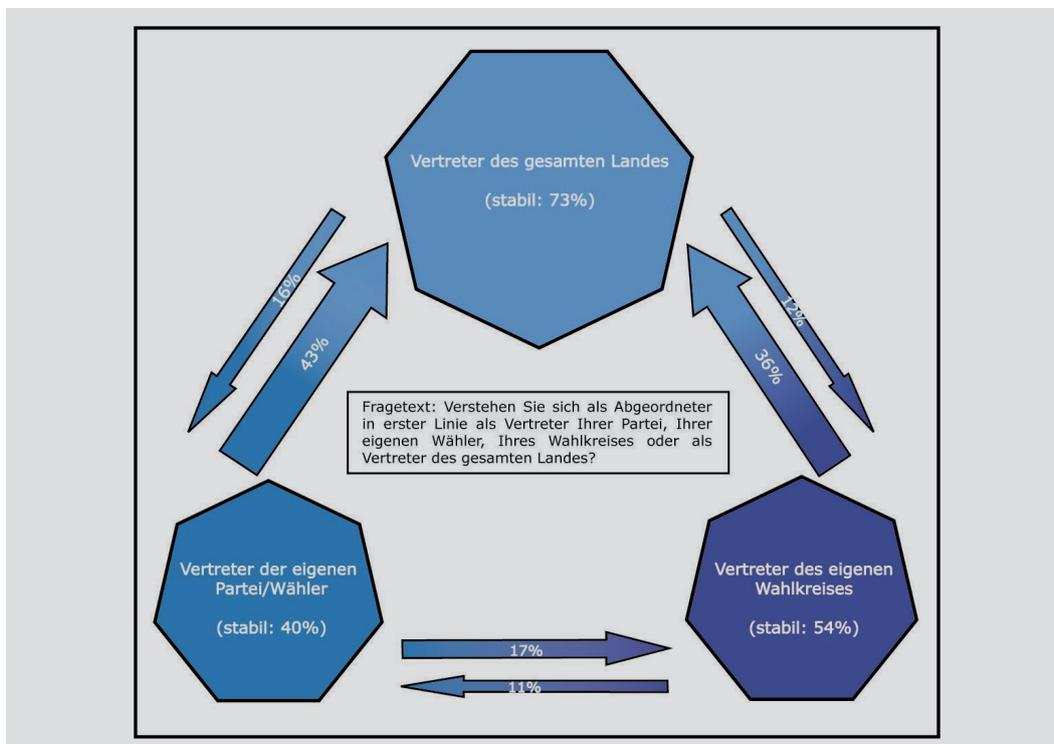
Rollenverständnis

Repräsentationsverständnis

Wie schon vor vier Jahren sieht sich der größte Teil der Abgeordneten auch 2007 in erster Linie als Vertreter des gesamten Landes, wobei sich diese Aussage bei Bundestagsabgeordneten auf ganz Deutschland, bei Landtagsabgeordneten auf ihr Bundesland bezieht. An zweiter Stelle folgt der eigene Wahlkreis, dem sich aber im Vergleich zu 2003/04 mehr Parlamentarier zuallererst verpflichtet fühlen. Die wenigsten Parlamentarier begreifen sich dagegen in erster Linie als Vertreter ihrer eigenen Wähler oder der eigenen Partei.

Die Bindung an den eigenen Wahlkreis ist besonders stark unter denjenigen Abgeordneten, die als erfolgreiche Direktkandidaten ins Parlament gewählt wurden. Unter diesen Abgeordneten bilden die Vertreter des eigenen Wahlkreises eine knappe relative Mehrheit noch vor den Vertretern des gesamten Landes. Dem entspricht, dass unter den Fraktionen der kleineren Parteien, deren Abgeordnete fast ausnahmslos über die Liste ins Parlament gelangten, der Anteil an Vertretern des eigenen Wahlkreises verschwindend gering ausfällt.

Vergleicht man die Durchschnittswerte von 2003/04 mit denen aus 2007, hat sich auf den ersten Blick relativ wenig verändert. Eine detaillierte Analyse offenbart jedoch, dass 42 Prozent der Parlamentarier, die an beiden Befragungen teilgenommen haben, ihr Repräsentationsverständnis in den vergangenen vier Jahren verändert haben. Vor allem die Abgeordneten, die 2003/04 angaben, zuallererst ihre eigene Partei bzw. Wähler zu repräsentieren, sehen sich nun sehr häufig als Vertreter des gesamten Landes. Umgekehrt hielten 73 Prozent der Parlamentarier ihre 2003/04 bekundete Konzentration auf die Vertretung des gesamten Landes bei. Dass sich trotz dieser Entwicklung im Durchschnitt nur wenig ändert, liegt auch an den seit 2003 neu ins Parlament eingezogenen Abgeordneten, die sich (zunächst) noch eher als Vertreter ihrer Partei oder der eigenen Wähler sehen.

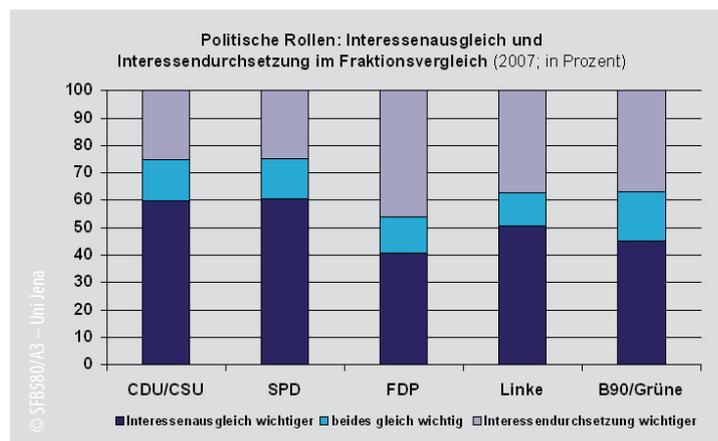
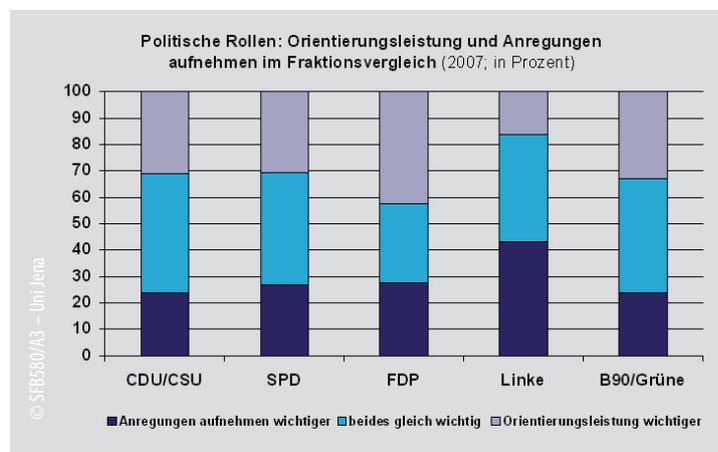


* **Basis:** Befragte, die 2003/04 und 2007 als aktuelle Abgeordnete teilgenommen haben
Die Antwortkategorien „Vertreter der eigenen Wähler“ und „Vertreter der Partei“ wurden zusammengefasst.

Politische Rollen von Abgeordneten

Im Verlauf des Mandats können die Abgeordneten verschiedene Rollen übernehmen und dabei unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Arbeit setzen. So bezeichnen sich sechs von zehn Abgeordneten in erster Linie als Fachpolitiker und nicht als Generalisten; etwas mehr als die Hälfte gibt dem Interessenausgleich Vorrang vor der Interessendurchsetzung. Politische Orientierung zu geben und Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen, sehen vier von zehn Abgeordneten als gleichzeitig zu bewältigende Herausforderungen an. Weitere 30 Prozent der Befragten verstehen sich eher als „Orientierungsgeber“, während für die übrigen 28 Prozent das Einbringen politischer Anregungen im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht.

Betrachtet man die Mitglieder der einzelnen Fraktionen, zeigen sich durchaus unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. So findet sich innerhalb der Linken mit knapp 40 Prozent der vergleichbar größte Anteil an Parlamentariern, die sich als Generalisten bezeichnen. Die Angehörigen dieser Fraktionen geben auch weitaus häufiger als ihre Kollegen an, eher Anregungen der Bürger aufzunehmen, als politische Orientierung zu geben. Den Gegenpol zu dieser starken Responsivitätsorientierung bildet der Führungsanspruch der FDP-Abgeordneten, von denen 42 Prozent der politischen Orientierungsleistung den Vorrang geben.



Bei der Entscheidung zwischen Interessenausgleich und Interessendurchsetzung ist hingegen zu erkennen, dass nur rund ein Viertel der Christ- und Sozialdemokraten der Interessendurchsetzung den Vorrang gibt, während dies die Abgeordneten der übrigen Fraktionen weitaus häufiger tun. Das Selbstverständnis als Volksparteien scheint hier wichtiger als die Einbindung in Große Koalitionen zu sein, denn in dieser Hinsicht zeigt sich kein Unterschied zwischen regierenden und oppositionellen Abgeordneten von CDU und SPD, während in den übrigen Fraktionen die Abgeordneten auf den Oppositionsbänken etwas stärker zur Interessendurchsetzung neigen.

Fragetexte: Als Abgeordneter muss man ja verschiedene Aufgaben wahrnehmen: Ist es aus Ihrer Sicht im Allgemeinen wichtiger, den Bürgern politische Orientierung zu bieten? Oder ist es wichtiger, hauptsächlich die Anregungen, die von Bürgern kommen, politisch aufzugreifen?

Und wie ist das mit den politischen Interessen: Ist es aus Ihrer Sicht im Allgemeinen wichtiger, relevante politische Interessen durchzusetzen, oder geht es für einen Abgeordneten eher darum, verschiedene gesellschaftliche Interessen zu einem Ausgleich zu bringen?

Abgeordnete in der Fraktion

Im deutschen Parlamentarismus sind – wie in fast allen etablierten parlamentarischen Demokratien – die Fraktionen nicht nur die zentralen Akteure bei der parlamentarischen Willensbildung, sie gelten auch als ausgesprochen diszipliniert. Spätestens wenn es zur Abstimmung im Plenum kommt, werden die Reihen geschlossen. Dass die nach außen hin dokumentierte innerfraktionelle Geschlossenheit den Abgeordneten – entgegen einer in der Öffentlichkeit verbreiteten Wahrnehmung – keineswegs erzwungen ist, zeigt die Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung. Nicht weniger als zwei Drittel der Befragten sind der Überzeugung, dass Abgeordnete bei wichtigen Abstimmungen auch dann mit ihrer Fraktion stimmen sollten, wenn sie eine von dieser abweichende Meinung vertreten (Unterstützung der Fraktionsdisziplin als Norm; siehe Spalte (a) in der Tabelle).

Die Akzeptanz der Fraktionsdisziplin unterscheidet sich dabei deutlich zwischen den drei parlamentarischen Ebenen, den Fraktionen und im Ost-West-Vergleich. Während jeweils eine deutliche Mehrheit der Bundes- und Landesparlamentarier die Fraktionsdisziplin als Norm unterstützt, ist es unter den deutschen Europaparlamentariern gerade einmal jeder Dritte. Bei den Fraktionen unterscheiden sich die der großen und der kleineren Parteien voneinander: Unter den Abgeordneten von SPD und Union steht die Fraktionsdisziplin hoch im Kurs, während dies nur für jeden zweiten Mandatsträger der Freien Demokraten sowie der Bündnisgrünen und sogar nur für jeden dritten der Linken gilt.

Dass Abgeordnete ein geschlossenes Abstimmen der Fraktion für geboten halten, bedeutet nicht, dass sie eine solche Geschlossenheit in der eigenen Fraktion auch vorfinden. Die Unterstützung der Fraktionsdisziplin als Norm steht bemerkenswerter Weise in keinem Zusammenhang damit, wie zufrieden die Parlamentarier mit der tatsächlichen Geschlossenheit der eigenen Fraktion sind. Bei insgesamt hohen Zufriedenheitswerten (siehe Spalte (b) der Tabelle) äußern sich Bündnisgrüne und Liberale zufriedener als die Abgeordneten der großen Parteien.

Einstellungen zur Fraktionsdisziplin nach Fraktionen (2007; in Prozent)				
	Fraktionsdisziplin			Anteile an allen Befragten
	(a) als Norm: Abg. sollte mit der Fraktion stimmen	(b) in der Realität: Zufriedenheit	(c) in der Praxis: immer mit Fraktion gestimmt	Fraktionsdisziplin als Norm unterstützt (a), aber nicht praktiziert (\neq c)
Insgesamt	67	67	59	26
CDU/CSU	76	66	60	30
SPD	81	65	62	30
FDP	50	82	65	14
Linke	33	58	50	16
B90/Grüne	52	77	57	22

Fragetexte [fett gesetzt sind die in der Tabelle ausgewiesenen Antwortoptionen]:

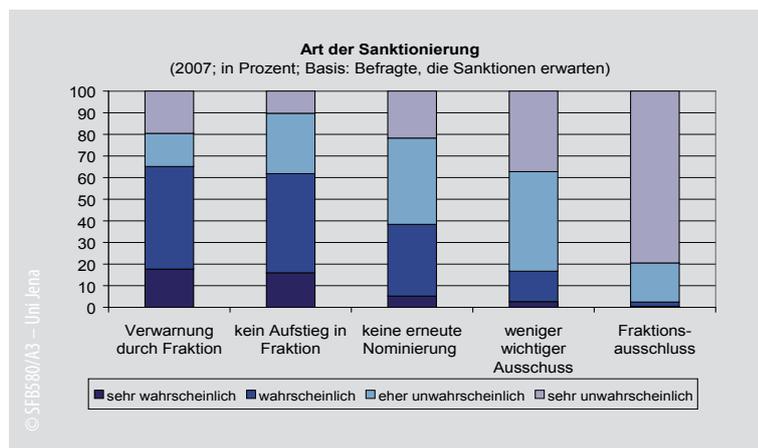
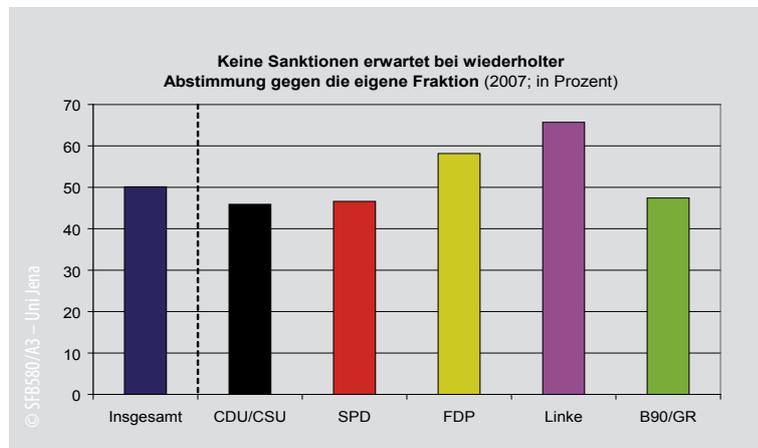
(a) Bei wichtigen Abstimmungen sollte ein Abgeordneter mit seiner Fraktion stimmen, auch wenn er/sie anderer Meinung ist. **trifft voll und ganz zu; trifft eher zu; trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu**

(b) Ganz allgemein, was ist Ihre Meinung zur Geschlossenheit und Disziplin in Ihrer eigenen Fraktion? [Sie sollte sehr viel stärker sein als derzeit; Sie sollte etwas stärker sein als derzeit; **Es existiert genau das richtige Ausmaß; Sie sollte etwas gelockert werden; Sie sollte stark gelockert werden**]

(c) Haben Sie schon einmal bei einer für Ihre Fraktion wichtigen Abstimmung gegen Ihre Fraktion gestimmt, obwohl ein einheitliches Abstimmungsverhalten erwartet wurde? [Ja; **Nein**]

Erstaunen muss, dass die Beurteilung der Fraktionsdisziplin als Norm keinen starken Einfluss auf das berichtete Abstimmungsverhalten der Parlamentarier hat. Nur sechs von zehn Abgeordneten berichten, dass sie noch niemals bei einer wichtigen Abstimmung, bei der ein einheitliches Votum der Fraktion erwartet worden war, gegen die eigene Fraktion gestimmt haben (siehe Spalte (c) in der Tabelle auf Seite 11). Selbst von denjenigen Parlamentariern, die die Einhaltung der Fraktionsdisziplin wünschen bzw. die eine größere Geschlossenheit ihrer Fraktion anmahnen, haben jeweils etwa 40 Prozent schon einmal gegen die Fraktion votiert. Unter den Abgeordneten der großen Parteien beläuft sich der Anteil der Mitglieder, die Fraktionsdisziplin fordern, aber sie selbst nicht immer praktizieren, auf 30 Prozent. Ein von der Fraktionslinie abweichendes Abstimmungsverhalten ist – wie schon 2003/04 – unter den ostdeutschen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen wesentlich häufiger als unter ihren westdeutschen Kollegen.

Drohen Abgeordneten, die bei einer wichtigen Abstimmung von der Fraktionslinie abweichen, Sanktionen? Wie aus der linken der beiden Abbildungen hervorgeht, erwartet knapp die Hälfte der Abgeordneten keine Sanktionierung durch die eigene Fraktion



oder Partei. Diejenigen, die schon einmal bei einer wichtigen Abstimmung gegen die eigene Fraktion gestimmt haben, halten sie für noch ein wenig unwahrscheinlicher als die übrigen. Wird aber eine Sanktion erwartet, scheinen den Abgeordneten vor allem zwei Maßnahmen wahrscheinlich: eine Verwarnung durch die eigene Fraktion und die Blockierung eines weiteren Aufstiegs innerhalb der Fraktion. Immerhin noch für ein gutes Drittel derjenigen, die mit Sanktionen rechnen, sind Nachteile bei der Kandidatenaufstellung für die nächste Wahl wahrscheinlich. Das Risiko, in einen weniger wichtigen Ausschuss delegiert zu werden, scheint hingegen sehr gering, ein Ausschluss aus der Fraktion geradezu undenkbar.

Insgesamt findet sich die Erkenntnis bestätigt, dass Abgeordnete in ihrer Fraktion in erster Linie als Teamspieler agieren, die im Gegenzug auch von ihren Kollegen Teamgeist (Fraktionsdisziplin) erwarten.

Fragetext: Falls Sie wiederholt oder in einer entscheidenden Abstimmung abweichend von ihrer Fraktion abstimmen würden. Mit welchen Sanktionen müssten Sie sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich rechnen? Welche wären eher unwahrscheinlich bzw. sehr unwahrscheinlich?

Politische Streitfragen

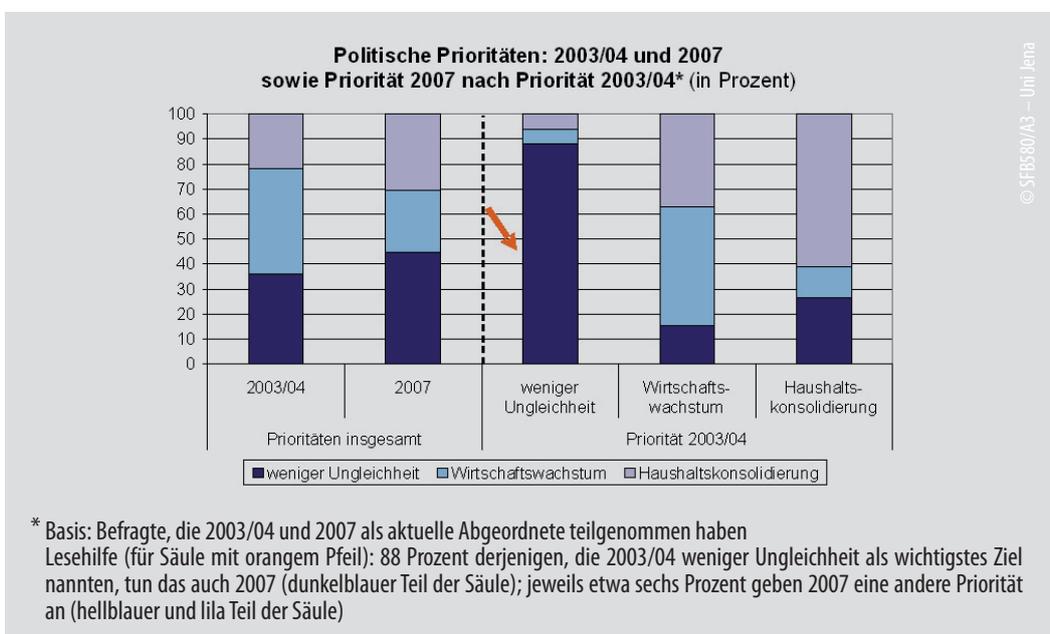
Politische Prioritäten:

Verringerung sozialer Ungleichheit – Wirtschaftswachstum – Haushaltskonsolidierung

Politisches Entscheiden macht in der Regel nicht nur die Abwägung zwischen verschiedenen Gütern erforderlich, sondern auch eine Rangordnung politischer Ziele. Bei der Ersten Deutschen Abgeordnetenbefragung 2003/04 räumten gut 40 Prozent der Befragten dem wirtschaftlichen Wachstum Priorität ein. Eine etwas kleinere Gruppe von Abgeordneten betrachtet die Verringerung der sozialen Ungleichheit als vorrangig und nur etwa jeder Fünfte hielt die Sanierung der Staatsfinanzen für das wichtigste der drei Ziele.

Knapp vier Jahre später haben sich die Prioritäten in bemerkenswerter Weise verschoben: In der Zweiten Deutschen Abgeordnetenbefragung sieht nunmehr eine relative Mehrheit der Befragten die Verringerung der sozialen Ungleichheit als oberstes Ziel. Demgegenüber hat das Wirtschaftswachstum für die deutschen Parlamentarier an Bedeutung eingebüßt; von den drei Zielen ist es dasjenige, das 2007 am seltensten für vorrangig befunden wird. Interessant erscheint, ob die beobachteten Verschiebungen der Präferenzen in einer veränderten Zusammensetzung der Parlamente begründet liegen, oder ob sich ein Einstellungswandel vollzogen hat.

Ein Blick auf die Präferenzen derjenigen Abgeordneten, die an beiden Befragungen teilgenommen haben, zeigt, dass es die individuellen Einstellungen sind, die sich in der relativ kurzen Frist von knapp vier Jahren gewandelt haben. Ein Drittel dieser Parlamentariergruppe gibt 2007 eine andere Präferenz an als 2003/04. Dabei haben sich die Einstellungen derjenigen, die 2003/04 die Verringerung der Ungleichheit am wichtigsten fanden, kaum verändert: 88 Prozent von ihnen haben ihre Meinung beibehalten (oranger Pfeil in der Grafik). Ganz anders die Abgeordneten, die 2003/04 die Haushaltskonsolidierung präferierten: Vier Jahre später haben nur etwa 60 Prozent von ihnen die ursprüngliche Priorität beibehalten; ein gutes Viertel hält 2007 die Verringerung der sozialen Ungleichheit für vorrangig.



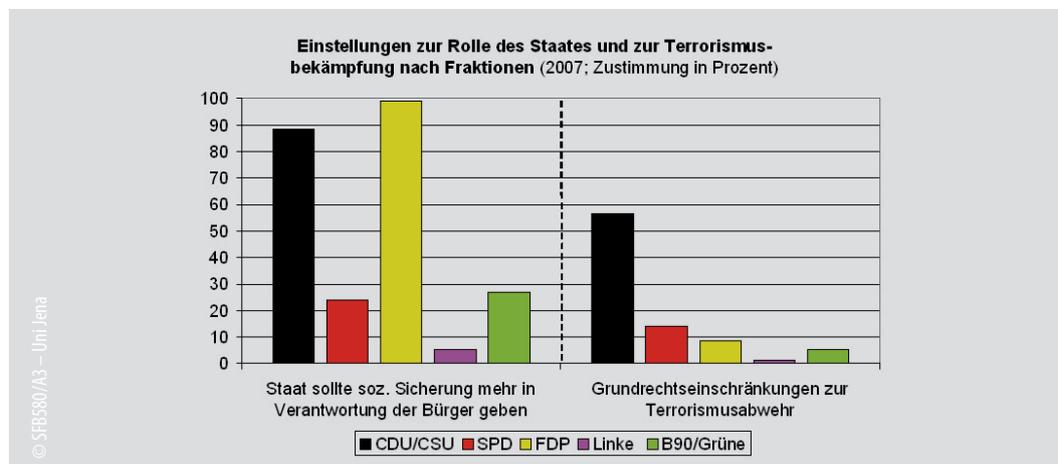
Fragetext: Die Sanierung der Staatsfinanzen, das wirtschaftliche Wachstum und die Verringerung der sozialen Ungleichheit gelten allesamt als wichtige politische Ziele. Wenn Sie diese Ziele bewerten müssten, welches Ziel käme für Sie an erster Stelle: die Verringerung der sozialen Ungleichheit, das wirtschaftliche Wachstum oder die Sanierung der Staatsfinanzen?

Aufschlussreich sind die Veränderungen im Parteienvergleich: Während sich bei der Linken quasi keine Einstellungsänderungen ergeben haben, erachten 2007 die Abgeordneten von SPD und Bündnisgrünen die Verringerung der Ungleichheit für sehr viel wichtiger als sie dies vier Jahre zuvor getan haben. Bei der Union hingegen, die 2003/04 noch das Wirtschaftswachstum für vorrangig hielt, setzen viele Abgeordnete den Akzent nunmehr auf die Haushaltskonsolidierung. Nicht nur die Veränderungen auf der Fraktionsebene, sondern auch der individuelle Einstellungswandel zeigt, dass sich unter Deutschlands Volksvertretern innerhalb von nur vier Jahren ein politischer Klimawechsel vollzogen hat: weg von der Wachstumsorientierung hin zu einer Akzentuierung der sozialen (Chancen-)Gleichheit.

Wirtschaftliche und kulturelle Konfliktlinien

Angesichts der dominanten Stellung der Parteien in der parlamentarischen Demokratie überrascht es nicht, dass politische Streitfragen, auch wenn sie nicht tagespolitischer Natur sind, entlang der Partei- bzw. Fraktionslinien bewertet werden. Je nach Thema befinden sich die Fraktionen in größerer oder geringerer Distanz zueinander. In vielen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik weisen etwa die Parlamentarier der bürgerlichen Parteien grundlegend andere Einstellungen auf als die Abgeordneten der weiter links verorteten Fraktionen. Dies gilt etwa bei der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Individuum in Fragen der sozialen Sicherung, aber auch bei der Akzeptanz von großen Einkommensunterschieden als Leistungsanreizen. Union und FDP sind in diesen Punkten marktorientierter und betonen die Verantwortung des einzelnen Bürgers, während SPD, Bündnis90/Die Grünen und in besonders starkem Maße die Linke den Staat in der Verantwortung sehen.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die Einstellungen zu stärker wertbezogenen Themen oder solchen Themen untersucht werden, die auf die Konfliktlinie libertär-autoritär bezogen sind. Bei Fragen nach der Zulässigkeit von Grundrechtseinschränkungen zur Abwehr von Terrorismus (siehe die Abbildung) oder nach der Begrenzung von Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten etwa weichen die Positionen der Christdemokraten deutlich von denen aller anderen Fraktionen ab. Für beide Themen findet sich unter den Abgeordneten der Union eine Mehrheit für restriktive Maßnahmen, während die übrigen Abgeordneten diese nahezu einvernehmlich ablehnen.



Fragetexte: Der Staat sollte die soziale Sicherung stärker in die Verantwortung des einzelnen Bürgers legen. Angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus ist die Einschränkung von Grundrechten hinzunehmen.

Antwortkategorien [fett Gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst]: **trifft voll und ganz zu; trifft eher zu;** trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu

Einzelne Konfliktthemen wie etwa die Frage der Forschung mit embryonalen Stammzellen polarisieren weniger zwischen als innerhalb der Fraktionen. Ähnliches gilt für die Aussage, dass auch 2007 die ostdeutschen Länder nicht nach den gleichen Maßstäben behandelt werden können wie die westdeutschen. Ihr stimmen quer durch alle Parteien die ostdeutschen Abgeordneten weit häufiger zu als die westdeutschen.

Föderalismus

Kontroversen um die Ausgestaltung des föderalen Systems stellen seit Beginn der Bundesrepublik einen festen Bestandteil der politischen Diskussion dar. Dass dabei verschiedene Aspekte berührt und durchaus unterschiedlich beurteilt werden, zeigt sich z.B. bei der Frage, ob es künftig mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern geben sollte. Während die Abgeordneten von CDU und FDP dieser Aussage fast geschlossen zustimmen, wird sie von den Parlamentariern der übrigen Fraktionen zurückgewiesen. Die Zustimmung für den Wettbewerbsföderalismus fällt in den neuen Bundesländern durchschnittlich geringer aus als in den alten; mit Ausnahme Sachsens spricht sich über die Hälfte der Abgeordneten in den neuen Bundesländern gegen mehr Wettbewerb aus, während in den alten Bundesländern jeweils eine Mehrheit von mindestens 55 Prozent zustimmt.

Während der Wettbewerbscharakter des Föderalismus also umstritten ist, findet die Idee, einzelne Bundesländer zu fusionieren, eine überwältigende Mehrheit in allen Parteien. Interessanterweise unterscheiden sich die Reaktionen auch zwischen den Bundesländern, bei denen Fusionen am ehesten wahrscheinlich sind, auch wenn der Unterschied nirgendwo so groß ausfällt wie zwischen dem Saarland (stärkste Ablehnung) und Baden-Württemberg (größte Zustimmung). So sprechen sich in Berlin und Brandenburg jeweils drei Viertel der Abgeordneten für eine Länderzusammenlegung aus. Dieser Anteil findet sich auch in Niedersachsen, während die befürwortende Mehrheit im Nachbarland Schleswig-Holstein mit 56 Prozent deutlich geringer ist. Und während in Sachsen-Anhalt immerhin drei Viertel der Abgeordneten Länderfusionen im Allgemeinen für notwendig befinden, sinkt dieser Anteil in Sachsen auf zwei Drittel und in Thüringen auf nur 59 Prozent. Bei der Frage nach der Einführung des Zentralabiturs zeigt sich, dass bundesweit einheitliche Regelungen durchaus begrüßt werden. So bekunden sechs von zehn Mandatsträgern, das Zentralabitur bundesweit einführen zu wollen – völlig unabhängig davon, ob sie für oder gegen mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern votieren. Die vehementesten Befürworter kommen dabei aus den Reihen der Linken mit 85 Prozent Zustimmung, während bei Bündnis 90/Die Grünen nur 45 Prozent diesen Vorschlag unterstützen.



Fragetext (fett gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst): Um die Leistungsfähigkeit des föderalen Systems zu erhalten, müssen über kurz oder lang Bundesländer zusammengelegt werden.

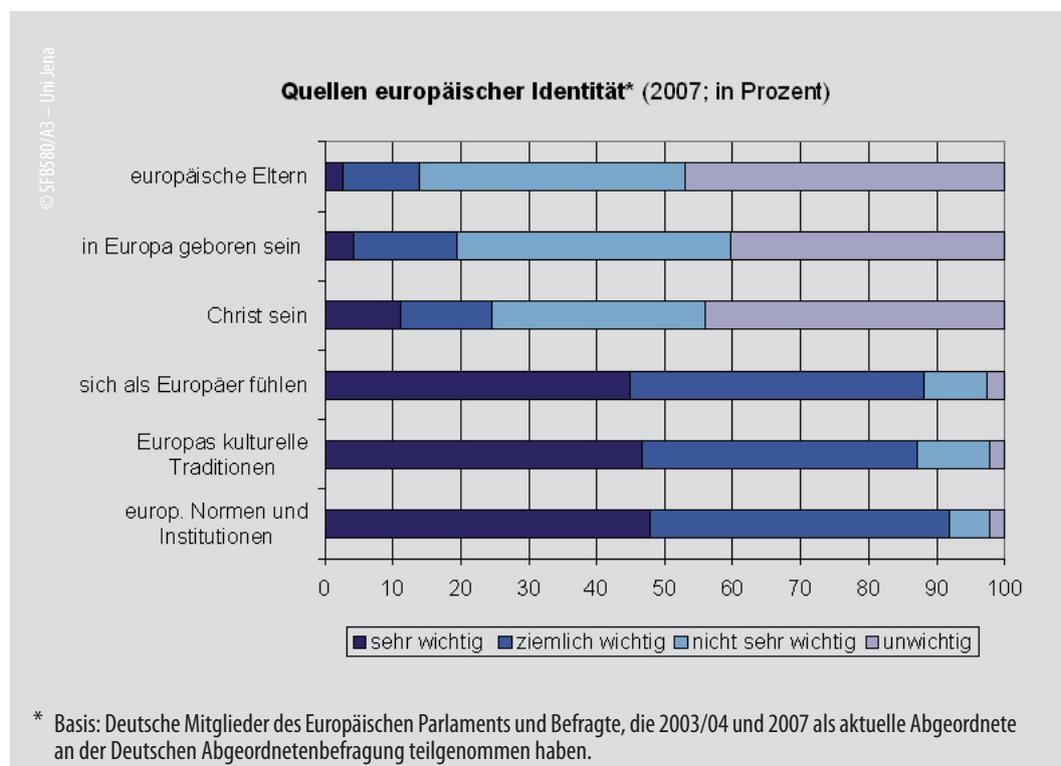
Antwortkategorien: **trifft voll und ganz zu**; **trifft eher zu**; trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu

Europa

Im Zuge der europäischen Integration sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele vormals national oder durch die Länder geprägte Politikfelder (teilweise) europäisiert worden. Entsprechend haben sowohl der Bund als auch die Länder eine Reihe von Kompetenzen an europäische Gremien abgegeben. Eine Fortsetzung dieser Kompetenzverlagerung wird von den deutschen Abgeordneten überwiegend kritisch beurteilt: Gut zwei Drittel von ihnen sprechen sich dagegen aus. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede gemäß der weltanschaulichen Grundhaltung und nach der parlamentarischen Ebene. Je weiter links sich Abgeordnete im politischen Spektrum einordnen, desto offener stehen sie einem Kompetenzgewinn europäischer Institutionen gegenüber.

Die nachdrücklichsten Befürworter einer Kompetenzverlagerung finden sich über Fraktionsgrenzen hinweg im Europäischen Parlament (EP): Zwei Drittel der befragten deutschen Europaabgeordneten äußern sich in diesem Sinne. Einheitliche Auffassungen vertreten die Mitglieder des EPs auch in Bezug auf ihr eigenes Parlament: 80 Prozent von ihnen sind der Auffassung, dass es als Entscheidungsorgan an politischer Bedeutung gewinnt, 62 Prozent wünschen sich eine stärkere gesetzgeberische Kompetenz.

In der europäischen Verfassungsdebatte sind über die weitere Ausgestaltung des institutionellen Gefüges der Europäischen Union hinaus auch die Wurzeln der europäischen Identität kontrovers diskutiert worden. Dabei wurden jeweils unterschiedliche Identitätskonzepte zugrunde gelegt. Wie die Grafik zu erkennen gibt, favorisieren die deutschen Parlamentarier solche Konzepte, die von gemeinsamen Werten und kulturellen Traditionen als den zentralen Quellen der europäischen Identität ausgehen. Auch die Selbstidentifikation („sich als Europäer fühlen“) findet sehr große Zustimmung. Demgegenüber werden abstammungsbezogene Identitätskonzepte nur von wenigen Befragten befürwortet. Auch die christliche Religion wird nur von einer Minderheit der Abgeordneten als wichtige Quelle europäischer Identität anerkannt, in den Reihen der CDU/CSU hingegen erwartungsgemäß von einer deutlichen Mehrheit.

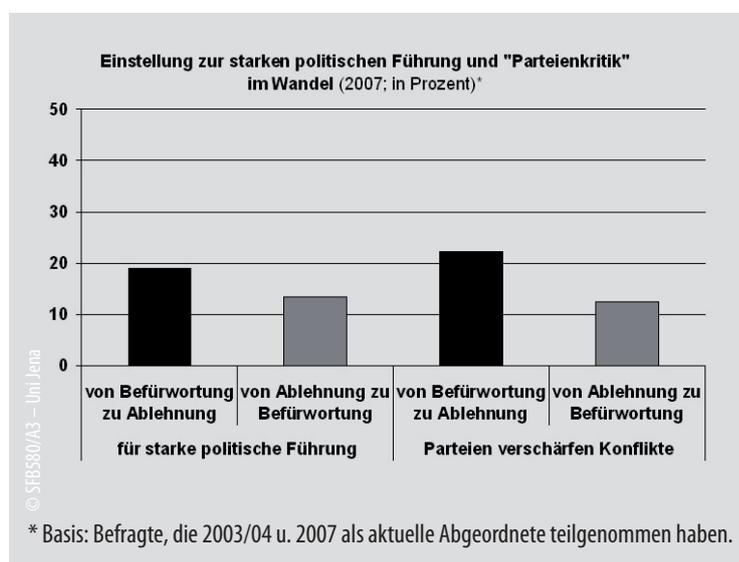
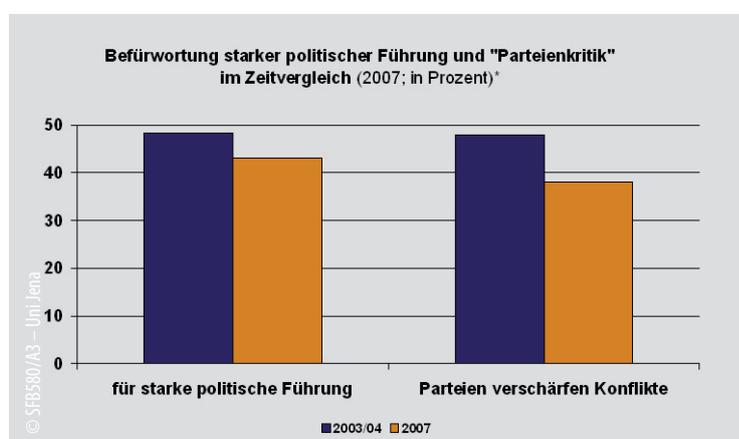


Fragetext: Es gibt ja unterschiedliche Vorstellungen darüber, was es bedeutet, ein Europäer zu sein. Wie wichtig ist [oder sind] dafür Ihrer Meinung nach... (Rotation der Aussagen)

Bewertung politischer Verfahren

Entscheidungsfindung zwischen Konflikt und Konsens

Die Stabilität und Problemlösungsfähigkeit einer Demokratie erfordern sowohl die Bearbeitung von Konflikten als auch einen Grundkonsens über die Verfahren, in deren Rahmen Konflikte ausgetragen werden können. Dabei geht es immer auch darum, konträre, aber prinzipiell demokratiekonforme Verfahrensweisen auszubalancieren. Beispiele dafür wären das Verhältnis von Kompromiss und Konflikt, von politischer Führung und Meinungsvielfalt oder von repräsentativer und direkter Demokratie. Bestände in diesen Fragen nur wenig Einigkeit unter den Abgeordneten, würde dies auf einen schwach ausgebildeten Grundkonsens hindeuten. Wie schon 2003/04 zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung in zwei grundsätzlichen Punkten: Eine überwältigende Mehrheit der befragten Abgeordneten bekundet ihre politische Kompromissbereitschaft und sieht in Volksentscheiden eine notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Hingegen zeigen die Abgeordneten wie bereits vier Jahre zuvor große Uneinigkeit bei der Einstellung zu politischer Führung und der Frage, ob Parteien Konflikte unnütz verschärfen.



Diese eher umstrittenen Themen sind es dann auch, bei denen sich die größten Veränderungen im Zeitverlauf feststellen lassen. Sowohl die Zustimmung zu einer starken politischen Führung als auch die Anzahl an „Parteienkritikern“ sank um neun bzw. sechs Prozentpunkte. Hinter diesen Durchschnittswerten verbirgt sich eine deutlich größere Veränderung bei den einzelnen Abgeordneten. So wandelten sich 19 Prozent der Mandatsträger, die zu beiden Zeitpunkten an der Befragung teilnahmen, von Befürwortern zu Gegnern einer starken politischen Führung, während 13 Prozent den entgegengesetzten Weg gingen. Bei der „Parteienkritik“ ist der Anteil an Veränderungen sogar noch höher, wobei mit 22 Prozent mehr Abgeordnete das Lager der „Parteienkritiker“ verließen, als umgekehrt mit zwölf Prozent wieder dazu kamen.

Fragetexte: Demokratie ist auf Dauer nur möglich, wenn eine starke politische Führung die widerstreitenden Gruppeninteressen zurückdrängt.

Wenn Parteien in der Demokratie eine wichtige Rolle spielen, so werden durch sie doch politische Konflikte oft unnütz verschärft.

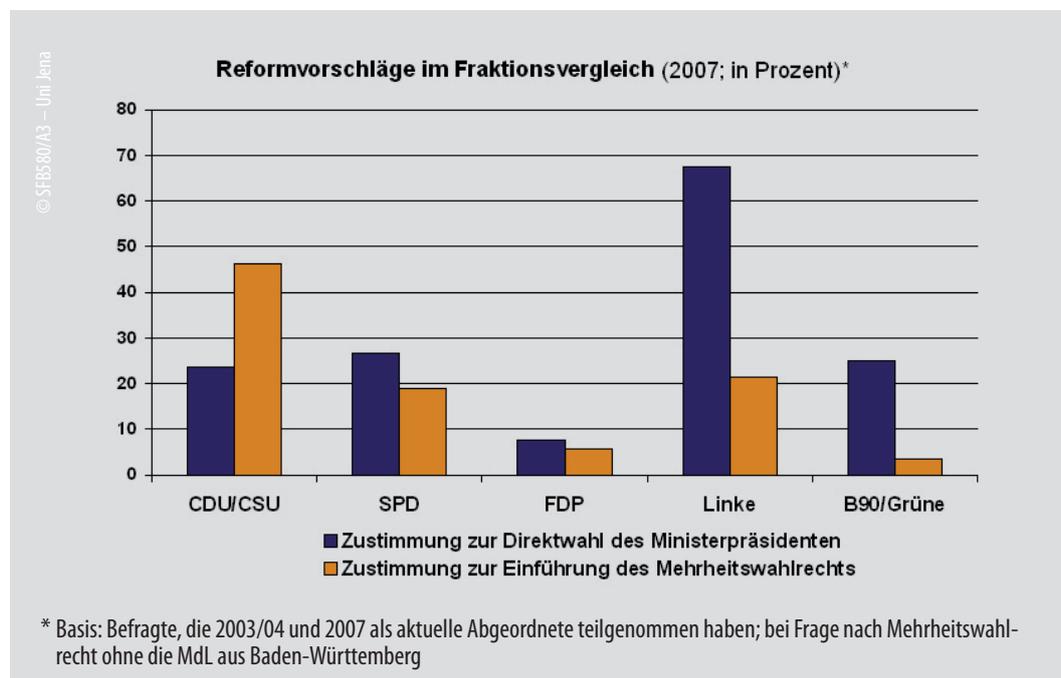
Antwortkategorien (fett Gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst): **trifft voll und ganz zu; trifft eher zu; trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu**

Reformvorschläge

Sieht die große Mehrzahl der befragten Abgeordneten Volksentscheide als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie an, so stößt ein weiteres Instrument unvermittelter Einflussnahme der Wahlbevölkerung auf deutlich weniger Zustimmung: Die Einführung einer Direktwahl der Ministerpräsidenten wird von einer breiten Mehrheit der befragten Abgeordneten abgelehnt. Am vehementesten sprechen sich dabei mit 93 Prozent die Mandatsträger der FDP dagegen aus, wohingegen in den Reihen der Linken mehr als zwei Drittel der Abgeordneten diesen Vorschlag unterstützen.

Ein weiterer Ansatz institutioneller Reform, die Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts, erlangte vor allem durch das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 größere Aufmerksamkeit. Insbesondere die Überlegung, inwieweit durch das reine Mehrheitswahlrecht die Regierungsbildung hätte erleichtert werden können, bildete den Mittelpunkt der Diskussion. Die befragten Abgeordneten sehen jedoch in diesem Reformvorschlag keinen Ansatzpunkt zur Verbesserung der Regierbarkeit und lehnen ihn mit einer Mehrheit von 72 Prozent ab. Dabei unterscheiden sich weder die ost- von den westdeutschen Abgeordneten, noch die Mandatsträger auf Landesebene von ihren Kollegen auf der Bundesebene.

Differenziert man dieses Ergebnis jedoch nach den einzelnen Parteien, zeigt sich, dass dieser Vorschlag von immerhin knapp der Hälfte der christdemokratischen Abgeordneten unterstützt wird. Bei den kleinen Parteien gibt es hingegen – wohl aufgrund der voraussichtlichen Benachteiligung – kaum Unterstützung für diesen Vorschlag. Überraschend ist hingegen, dass auch in den Reihen der SPD lediglich jeder Fünfte die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts als sinnvoll ansieht. Den Erwartungen entspricht dagegen eher, dass Abgeordnete, die einen Wahlkreis gewonnen haben, das Mehrheitswahlrecht nachdrücklicher unterstützen als die über die Parteilisten eingezogenen Mandatsträger. Aber selbst unter den erfolgreichen Direktkandidaten findet sich keine Mehrheit für diesen Reformvorschlag.



Fragetexte: Es wäre vorteilhaft, wenn die Bürger den Ministerpräsidenten ihres Landes direkt wählen könnten.

Im Interesse einer besseren Regierbarkeit sollte in Deutschland generell das Mehrheitswahlrecht eingeführt werden.

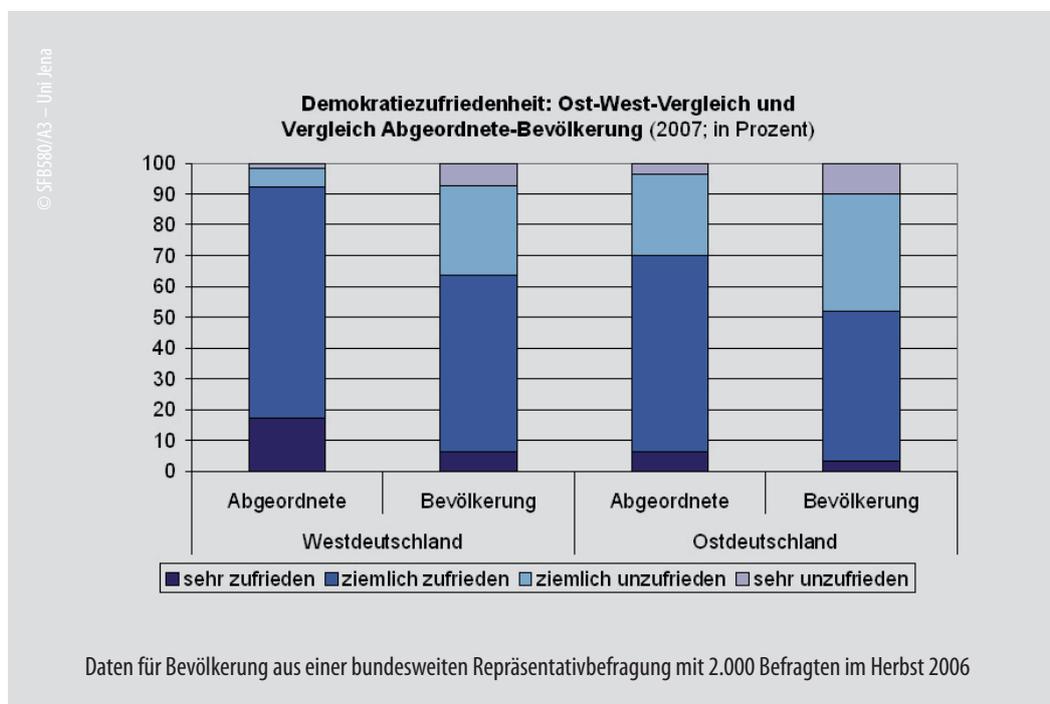
Antwortkategorien (fett Gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst): **trifft voll und ganz zu; trifft eher zu;** trifft eher nicht zu; trifft gar nicht zu

Demokratiezufriedenheit und politisches Vertrauen

Bei allem Dissens über einzelne demokratische Verfahren zeigt sich das Gros der Abgeordneten (84%) mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert, durchaus zufrieden. Faktisch stellen sie damit zumindest indirekt ihrer eigenen kollektiven Arbeit ein positives Zeugnis aus. Allerdings liegt das Niveau der Demokratiezufriedenheit bei den westdeutschen Parlamentariern deutlich höher als bei den ostdeutschen (siehe Grafik). Diese Differenz erklärt sich zum Teil aus der überdurchschnittlich kritischen Beurteilung der demokratischen Praxis durch Abgeordnete der allein in Ostdeutschland stark vertretenen Linken. Allerdings gibt es darüber hinaus auch Ost-West-Unterschiede in den übrigen Fraktionen.

Zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit gehört die Selbsteinstufung der Abgeordneten auf der Links-Rechts-Skala: Je weiter links sich die Befragten verorten, umso weniger zufrieden sind sie. Dieser Zusammenhang ist einerseits über die zwischen Links und Rechts unterschiedlich starke Präferenz für mehr direktdemokratische Verfahren vermittelt, andererseits über die auf der linken Seite des politischen Spektrums als geringer eingeschätzten Gestaltungschancen. Freilich wird die Demokratiezufriedenheit auch erheblich dadurch bestimmt, ob die Abgeordneten mit ihrer eigenen Tätigkeit zufrieden sind oder nicht.

Noch markanter als die Links-Rechts- und die Ost-West-Differenzen zwischen den Abgeordneten sind allerdings die Unterschiede im Vergleich von Parlamentariern und Wahlbevölkerung: Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern ist die Demokratiezufriedenheit unter den Repräsentanten weit größer als unter den Repräsentierten. Diese Einstellungsunterschiede zwischen den politischen Führungsgruppen im Parlament und den Bürgern deuten bereits auf Legitimationsprobleme der Politiker und der sie tragenden Parteien hin.



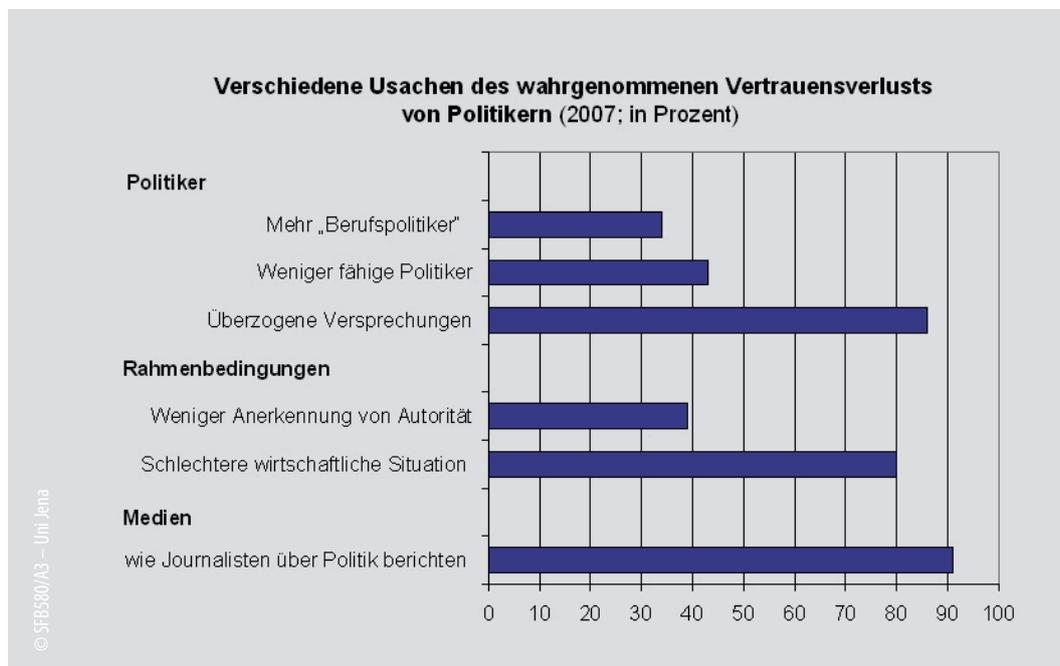
Fragetext: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Abgeordnete sind als zentrale Akteure der parlamentarischen Demokratie auf die Akzeptanz und die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Wollen sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen, bedürfen sie nicht nur am Wahltag der direkten Legitimation qua Stimmzettel, sondern sie benötigen auch während der Legislaturperiode ein kritisches Mindestmaß an Vertrauen seitens der Wähler. Glaubt man der Medienberichterstattung, einschlägigen Umfrageergebnissen und Teilen der sozialwissenschaftlichen Forschung, so scheint das Vertrauen in die Politik und ihre Akteure jedoch immer weiter zu sinken. Diese Einschätzung wird auch von den Abgeordneten geteilt: 85 Prozent von ihnen, 80 Prozent in West- und 90 Prozent in Ostdeutschland, konstatieren einen Vertrauensverlust für Politiker und Parteien im Zeitraum der letzten zehn Jahre.

Welche Gründe sind aus der Sicht der Abgeordneten dafür maßgeblich? Von den sechs in der Abbildung ausgewiesenen Gründen nennen die Parlamentarier am häufigsten die Art, in der Journalisten über Politiker berichten. Sehr häufig genannt werden ebenfalls überzogene Versprechungen seitens der Politiker und die als schlechter eingeschätzte wirtschaftliche Situation. Eine genauere statistische Analyse ergibt, dass die Abgeordneten insgesamt drei Ursachenbündel für den Vertrauensverlust anführen:

- Schwächen der Politiker selbst, seien es ein steigender Anteil von „Berufspolitikern“ ohne Erfahrungen in der Arbeitswelt oder – und vor allem – überzogene Versprechungen;
- Veränderungen in den Rahmenbedingungen: neben der wirtschaftlichen Lage die geringere Akzeptanz von Autorität in der Wählerschaft;
- die Medienberichterstattung.

Die Einschätzungen von ost- und westdeutschen Parlamentariern unterscheiden sich kaum voneinander. Auffällig ist lediglich, dass die Abgeordneten aus den neuen Ländern überproportional häufig die unzureichende Qualität des politischen Personals anführen. Im Fraktionenvergleich nennen die Mandatsträger der Linken am häufigsten die überzogenen Versprechungen der Politiker als Grund für den Vertrauensverlust.



Fragetext: In welchem Ausmaß haben sich in den letzten zehn Jahren die folgenden Faktoren negativ auf das Vertrauen der Wähler in Politiker und Parteien ausgewirkt? Haben Sie sich sehr stark, ziemlich stark, nicht sehr stark oder sehr wenig auf das Vertrauen ausgewirkt?

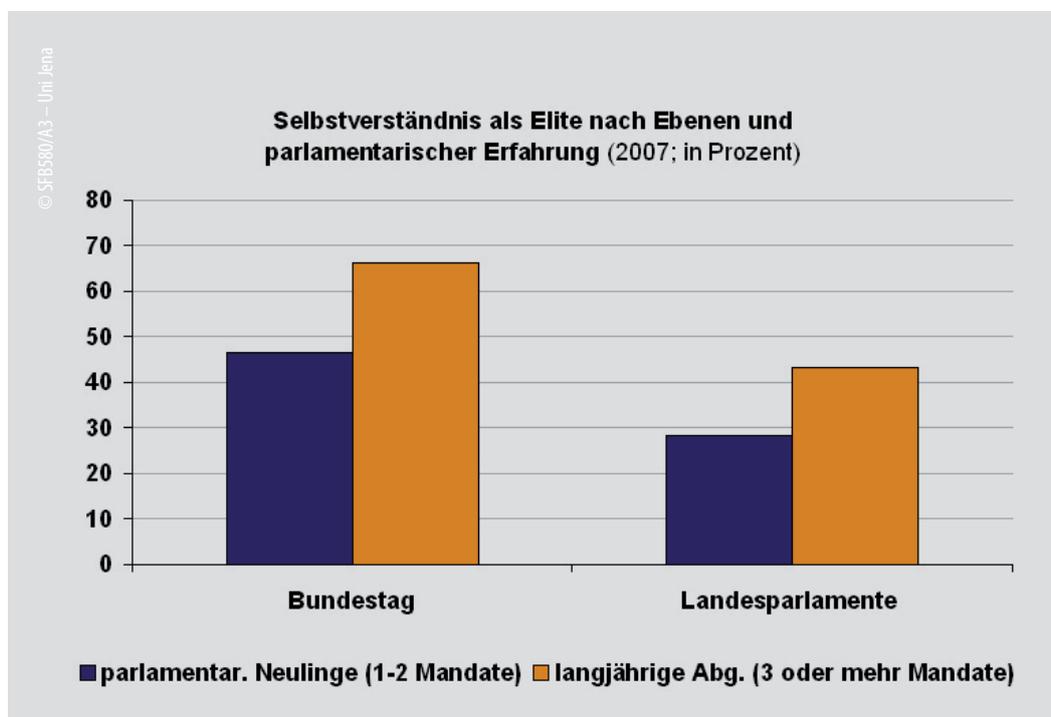
Antwortkategorien (fett Gesetztes ist in der Abbildung zusammengefasst): **sehr stark; stark**; nicht sehr stark; sehr wenig

Eliten

Während Eliten und Demokratie früher als kaum vereinbar betrachtet worden sind, wird heutzutage das Wesen der Demokratie weithin im Wettbewerb der Eliten um die Wählerstimmen gesehen. In der öffentlichen Diskussion werden zunehmend große Hoffnungen in Eliten und die Elitenbildung gesetzt; und wenn von Politikern die Rede ist, wird zunehmend der Terminus politische Elite benutzt. Doch bislang gab es keine aussagekräftigen Daten, die hätten zeigen können, ob sich die Parlamentarier in Deutschland der politischen Elite zurechnen.

Interessanterweise verstehen sich rund zwei Drittel der deutschen Abgeordneten gerade nicht als Mitglied der politischen Elite. Dabei fallen weniger parteipolitische Unterschiede ins Gewicht; vielmehr stehen sich die Parlamentarier der großen und der kleinen Fraktionen gegenüber: Im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen versteht sich fast die Hälfte der Freidemokraten und bei Bündnis 90/Die Grünen sogar eine Mehrheit von beinahe 55 Prozent als Mitglied der politischen Elite.

Betrachtet man politische Eliten als Führungspersonen, die qua Position maßgeblichen Einfluss auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen ausüben, überrascht, dass die Zugehörigkeit zu Regierung und Opposition weitgehend irrelevant für die Selbsteinschätzung als Elite ist. Viel wichtiger ist hingegen, führende Positionen in der Fraktion, den Ausschüssen und auf den höheren Parteiebenen einzunehmen oder bereits auf eine längere Tätigkeit im Parlament zurückblicken zu können. Auch rechnen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die Europaparlamentarier eher der Elite zu als ihre Kollegen auf der Landesebene. Die Bedeutung von Eliten schätzen die befragten Abgeordneten dabei generell als sehr wichtig ein. Sechs von zehn Parlamentarier sind der Meinung, dass die Gesellschaft wesentlich durch das Handeln ihrer Eliten bestimmt wird. Diese Einschätzung teilen sowohl diejenigen, die sich selbst der Elite zurechnen als auch ihre Kollegen, die dies nicht tun.



Fragetext: Welcher Personenkreis der politischen Elite angehört, ist durchaus umstritten. Würden Sie sich selbst der politischen Elite zuordnen?

Antwortkategorien: Ja/Nein

Politische Zukunft

Eine politische Karriere ist risikobehaftet: So hat denn auch nur eine Minderheit der deutschen Abgeordneten das erste Mandat als Schritt in eine dauerhafte politische Karriere verstanden. Freilich scheinen sich die Präferenzen im Laufe der parlamentarischen Tätigkeit zu ändern, denn faktisch scheidet nur eine Minderheit bereits nach einer Legislaturperiode aus dem Parlament aus. Unter den 2007 befragten Parlamentariern planen knapp zwei Drittel bei der kommenden Wahl mit Sicherheit zu kandidieren; weitere 20 Prozent erwägen dies zumindest (siehe Tabelle). Lediglich unter den Abgeordneten der Linken liegen diese Anteile niedriger, aber auch unter ihnen schließt nur jeder Vierte eine Fortsetzung der parlamentarischen Tätigkeit aus.

Die Aussichten auf eine erneute Nominierung werden dabei durchweg positiv eingeschätzt: Mehr als 80 Prozent der mutmaßlich erneut Kandidierenden halten es für sehr oder ziemlich sicher, wieder nominiert zu werden. Nach den Ergebnissen der Ersten Deutschen Abgeordnetenbefragung sind diese Selbsteinschätzungen sehr realistisch: Nur ein Bruchteil derjenigen, die 2003/04 von einer erneuten Nominierung ausgegangen waren, unterlagen später bei der Kandidatenaufstellung einem Konkurrenten. So schmal und steinig der Weg ins Mandat oftmals sein mag, einmal ins Parlament gewählt, scheinen die Abgeordneten zumindest die Fortsetzung ihrer parlamentarischen Karriere einigermaßen planen zu können. Dafür spricht auch, dass fast 90 Prozent der Befragten mit mindestens zwei aufeinander folgenden Mandaten angeben, die Zugehörigkeit zum Parlament sei für ihre letzte Nominierung vorteilhaft oder sehr vorteilhaft gewesen. Im Laufe einer politischen Karriere muss das Parlamentsmandat weder notwendig den Abschluss noch den Höhepunkt bilden. Immerhin ein gutes Drittel der deutschen Abgeordneten strebt ein Regierungsamt (eventuell) an, darunter anteilig mehr Mitglieder der Opposition als der Regierungsfractionen. Von den Bündnisgrünen und Freien Demokraten hat sogar jeder zweite derartige Ambitionen.

Kandidaturabsicht und erwartete Nominierungschancen: Abgeordnete insgesamt und Abgeordnete der Linken (2007: in Prozent)			
beabsichtigte Kandidatur für dasselbe Parlament		darunter: Nominierung...	
		sehr sicher oder ziemlich sicher	ungewiss
alle Befragten			
Nein	15	–	–
Ja, vielleicht	20	73	27
Ja, sicher	65	85	15
Abgeordnete der Linken			
Nein	24	–	–
Ja, vielleicht	30	55	45
Ja, sicher	46	59	41

Fragetexte: Haben Sie die Absicht, für weitere Legislaturperioden zu kandidieren?

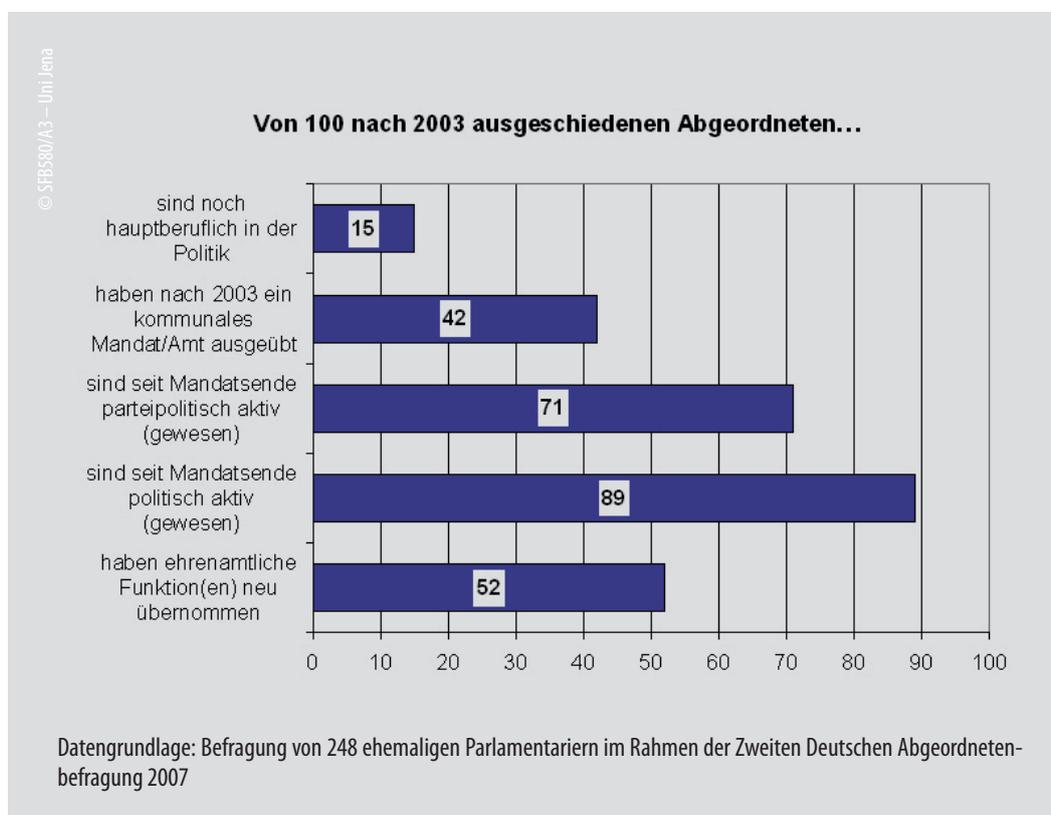
Für wie sicher halten Sie es, dass Sie von Ihrer Partei für die nächste Wahl wieder aufgestellt werden? Ist das sehr sicher, ziemlich sicher oder noch ungewiss? [nur an Befragte mit Kandidaturabsicht]

Die Zeit nach dem Mandat

Da ungeachtet aller politischen Ambitionen die durchschnittliche Verweildauer auf dem parlamentarischen Parkett nicht mehr als zehn bis zwölf Jahre beträgt, ist für die meisten Abgeordneten das Mandat nur ein Abschnitt ihres Lebenswegs. Entsprechend dringlich stellt sich für viele Parlamentarier die Frage, welche beruflichen Pfade sie nach dem Mandatsende einschlagen sollen. Nur knapp 30 Prozent der Abgeordneten gehen davon aus, beim Ausscheiden aus dem Parlament bereits das Rentenalter erreicht zu haben. Etwa jeder dritte Parlamentarier beabsichtigt, eine neue berufliche Tätigkeit aufzunehmen, während 38 Prozent der Befragten die Rückkehr in den alten Beruf anstreben. Unter letzteren erachtet nur ein gutes Fünftel die Wiederaufnahme des früheren Berufs als schwierig.

Die Vorstellungen, die sich Abgeordnete von ihrer beruflichen Zukunft nach dem Ausscheiden aus dem Parlament machen, sind überwiegend realistisch. Dieser Befund ergibt sich aus Interviews mit 248 ehemaligen Abgeordneten, die zwischen 2004 und 2007 aus den Untersuchungsparlamenten ausgeschieden sind. Bei zwei von drei ausgeschiedenen Abgeordneten entspricht die berufliche Situation nach dem Mandat ihren Erwartungen. Eher überhöhte Erwartungen bestehen hingegen hinsichtlich der Unterstützungslösungen der Partei: Während vier von zehn Parlamentariern meinten, es sei auch Aufgabe der Partei, sich um die berufliche Zukunft der ausscheidenden Abgeordneten zu kümmern, hat nur einer von zehn auch tatsächlich Hilfe seitens der Partei erhalten.

Eine Distanzierung von der eigenen Partei erfolgt deswegen jedoch in aller Regel nicht: Mehr als 70 Prozent der zwischen 2004 und Anfang 2007 ausgeschiedenen Parlamentarier sind noch parteipolitisch aktiv. Wie die Abbildung illustriert, ist das politische Engagement der Ehemaligen generell beträchtlich. Auch die Kontakte zum Parlament und zu den ehemaligen Fraktionskollegen bleiben nach dem Mandatsende vorerst erhalten. Zwei Drittel der Ausgeschiedenen werden sogar von den aktuellen Parlamentariern mitunter um Rat gefragt. Angesichts dieser Befunde kann es kaum überraschen, dass sich mehr als drei Viertel der Ehemaligen auch nach dem Ausscheiden aus dem Parlament noch als Politiker betrachten.



Projektteam

Projektleitung	Prof. Dr. Heinrich Best Institut für Soziologie		Prof. Dr. Karl Schmitt Institut für Politikwissenschaft
			

Mitarbeiter	Dr. Michael Edinger		Lars Vogel M.A.
	Tel. +49 (0)3641-9 45055 Fax +49 (0)3461-9 45052 E-mail: michael.edinger@uni-jena.de		Tel. +49 (0)3641-9 45054 Fax +49 (0)3461-9 45052 E-mail: lars.vogel@uni-jena.de

Publikationen auf Basis der Abgeordnetenbefragung (Auswahl)

Heinrich Best und Stefan Jahr:

Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis. Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 63-79

Michael Edinger und Lars Vogel:

Role Perceptions, Party Cohesion and Political Attitudes of East and West German Parliamentarians, in: Czech Sociological Review 41 (2005), S. 375-399.

Frisch aus dem Druck zum europäischen Vergleich

Heinrich Best und Maurizio Cotta (Hrsg.):

Democratic Representation in Europe: Diversity, Change and Convergence,
Oxford: Oxford University Press 2007

Adresse

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Sonderforschungsbereich 580
Teilprojekt A3:
Delegationseliten nach dem Systemumbruch
Bachstraße 18
D-07743 Jena

